

Neuss für alle, die etwas bewegen wollen.
Programm zur Kommunalwahl 2025

Neuss für alle, die etwas bewegen wollen.

„Heimat für alle, die was vorhaben“ – für uns Freie Demokraten ist das mehr als ein Slogan. Es ist ein Versprechen an alle Menschen in unserer Stadt: Neuss soll ein Ort sein, an dem Ideen Wirklichkeit werden, Familien wachsen, Nachbarschaft zählt und Engagement zählt.

Heimat ist mehr als ein Wohnort. Sie entsteht dort, wo Menschen sich sicher fühlen, wo Chancen greifbar sind und Wege offenstehen. Genauso ein Ort soll Neuss sein – für Junge und Alte, für Gründerinnen und Gründer, für Familien, Ehrenamtliche, Vereinsaktive und alle, die ihre Stadt aktiv mitgestalten wollen.

Damit Neuss auch morgen lebenswert und zukunftsfähig bleibt, braucht es eine solide finanzielle Basis und eine Politik mit Haltung. Denn ohne Gestaltungswillen bleiben Visionen leere Worte. Deshalb setzen wir Freie Demokraten auf Mut zur Veränderung statt auf Verwaltungsroutine – auf Ermöglichung statt Verhinderung.

Was eine Stadt bewegt, sind die Menschen:

Die Gründerin, die ein Unternehmen aufbaut.

Der Vater, der sich für bessere Bildung einsetzt.

Die Nachbarin, die mit anpackt, wenn es darauf ankommt.

Unsere Aufgabe ist es, ihnen nicht im Weg zu stehen, sondern sie zu unterstützen.

Neuss steht vor wichtigen Aufgaben: bezahlbarer Wohnraum, moderne Mobilität, wirtschaftliche Zukunft, Digitalisierung, Bildung, demografischer Wandel. Für uns sind das keine Probleme – sondern Chancen. Wir wollen nicht verwalten, sondern gestalten. Nicht rückwärts – sondern voraus.

Unser Kompass: **Freiheit, Vernunft und Verantwortung.**

Unser Ziel: **Eine Stadt, die nicht bremst, sondern ermöglicht.**

Unser Versprechen: **Neuss, für alle, die etwas bewegen wollen.**

Mit unserer Bürgermeisterkandidatin **Jennifer Schillings** und einem starken Team aus engagierten Freien Demokraten sind wir bereit, Verantwortung zu übernehmen – für ein Neuss, das Chancen eröffnet, statt sie zu verbauen.

Wir laden alle ein, daran mitzuwirken:

Für ein Neuss, das Ideen zulässt, Vertrauen schafft und offen ist – für alle, die etwas bewegen wollen.

Inhalt

1. Haushalt, Wirtschaft und Finanzen	4
2. Mobilität – Neuss bewegen statt ausbremsen	11
3. Wohnen und Stadtentwicklung.....	17
4. Bildung.....	21
5. Digitalisierung und Verwaltung	24
6. Sicherheit und Ordnung	26
7. Gesundheit und Pflege	28
8. Sport und Ehrenamt.....	30
9. Kultur.....	32
10. Zusammenhalt und Freiheit.....	34

1. Haushalt, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaftsheimat für alle, die was vorhaben

Neuss ist eine Stadt mit Potenzial – in zentraler Lage mit direkter Anbindung an Köln, Düsseldorf, den Rhein, mehrere Flughäfen und einen der größten Binnenhäfen Europas. Damit dieses Potenzial genutzt werden kann, braucht es neue Entfaltungsspielräume: durch eine moderne Verwaltung, eine verlässliche Infrastruktur und politische Entscheidungen, die nicht bremsen, sondern ermöglichen.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Wohlstand entsteht nicht durch staatliche Lenkung, sondern durch Unternehmergeist, Ideenreichtum und Mut zur Veränderung. Unsere Aufgabe als Stadt ist es, die besten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen – transparent, zukunfts offen und serviceorientiert. Eine starke Wirtschaftspolitik befähigt, statt zu bevormunden. Eine digital arbeitende, verlässliche Verwaltung ist die Voraussetzung für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze.

Neuss soll zur Wirtschaftsheimat für alle werden, die etwas vorhaben – ob Gründer, Unternehmer, Fachkraft, Azubi oder Familienbetrieb. Wir schaffen die Grundlagen: mit fairer kommunaler Steuerpolitik, leistungsfähiger Infrastruktur und einem ordnungspolitischen Rahmen, der Verlässlichkeit garantiert.

Gründergeist fördern – Verwaltung modernisieren

Wer in Neuss eine Idee zur Wirklichkeit machen will, soll dabei nicht gegen Windmühlen kämpfen müssen. Deshalb setzen wir uns für eine zentrale Anlaufstelle für Ansiedlungen, Genehmigungen und Unternehmensgründungen ein – digital, effizient und beschleunigt. Eine Unternehmensgründung darf in Neuss nicht länger als eine Woche dauern.

Die städtische Wirtschaftsförderung muss zum echten Dienstleister werden. Alle kommunalen Verfahren – von der Gewerbeanmeldung bis zum Förderantrag – sollen vollständig digitalisiert werden. Neuss soll nicht länger Rückstände verwalten, sondern Vorreiterin moderner Verwaltung sein.

Solide Haushaltspolitik – Prioritäten statt Tricks

Haushaltspolitik muss ehrlich, nachvollziehbar und zukunftsorientiert sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Neuss dauerhaft zum strukturellen Haushaltsausgleich zurückkehrt – nicht durch buchhalterische Tricks, sondern durch echte Konsolidierung. Die Rücklage darf nicht länger als bequemes Auffangbecken für ausufernde Ausgaben dienen.

Solide Finanzen bedeuten auch, dass der beschlossene globale Minderaufwand von zwei Prozent in der Verwaltung tatsächlich umgesetzt wird. Haushaltspolitik darf sich nicht auf Sparvorgaben beschränken, sondern muss kluge Prioritäten setzen: etwa für Bildung, Digitalisierung oder zukunftssichere Infrastruktur.

Zudem fordern wir eine ehrliche Aufgabenkritik in allen Verwaltungsbereichen – nicht um pauschal zu streichen, sondern um Effizienz und Wirkung zu verbessern. Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihr Geld sinnvoll und wirksam eingesetzt wird.

Kommunale Unternehmen: Fokus auf Kernaufgaben

Kommunale Unternehmen sollen sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Wir setzen uns dafür ein, städtische Betriebe von sachfremden und politischen Zusatzaufgaben zu entlasten. Wirtschaftliche Effizienz und guter Service dürfen nicht durch ideologische Überfrachtung gefährdet werden.

Steuerpolitik mit Verlässlichkeit und Maß

Verlässlichkeit ist das Fundament einer guten Steuerpolitik. Wir lehnen Steuererhöhungen, insbesondere bei der Gewerbe- und Grundsteuer, entschieden ab. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten brauchen Unternehmen und Bürger planbare Rahmenbedingungen. Die aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerreform durch die Stadt war ein richtiges Signal und muss auch künftig gelten.

Zugleich setzen wir uns für eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von aktuell 455 % ein – verantwortungsvoll und solide. Gemeinden wie Monheim oder Leverkusen zeigen, dass niedrige Hebesätze Wirkung entfalten, aber auch Grenzen haben. Unser Ziel ist ein wirtschaftsfreundlicher, aber nachhaltiger Kurs.

Wir streben daher mittelfristig einen Hebesatz von 438 % an, als fairen Kompromiss zwischen Standortattraktivität und kommunaler Finanzverantwortung.

Wir lehnen eine mögliche Aufspaltung des Hebesatzes der Grundsteuer für Privathaushalte und Gewerbe ab, da sie das Steuerrecht verkomplizieren und neue

Ungleichheiten schaffen würde. Gleichzeitig sollen alle kommunalen Abgaben und Gebühren regelmäßig auf ihre wirtschaftliche Belastung überprüft werden – offen, ehrlich und im Dialog mit der Wirtschaft.

Die Einführung zusätzlicher kommunaler Steuern, wie z.B. eine sogenannte Bettenabgabe oder einer Verpackungssteuer, lehnen wir ab: der Aufwand und der Ertrag solcher Bagatellsteuern stehen in einem ungesunden Verhältnis zueinander und sie wirken gängelnd auf unternehmerische Aktivität. Durch ihren Willkürcharakter beeinträchtigen sie die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen.

Ausgaben prüfen – Zukunftsinvestitionen ermöglichen

Investitionen müssen sich an Wirkung und Nutzen messen lassen – nicht an Symbolik. Wir fordern:

- Kein Geld für Prestigeprojekte ohne klaren Mehrwert.
- Keine Subventionen ohne Zielgenauigkeit.
- Kein „Weiter so“ bei unwirksamen Maßnahmen.

Nur durch gezielte Ausgabenkritik schaffen wir finanziellen Spielraum für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung.

Kreisumlage reformieren – Handlungsfähigkeit sichern

Ein wachsendes Problem für den städtischen Haushalt ist die steigende Kreisumlage: 2025 muss Neuss fast 129 Millionen Euro an den Rhein-Kreis überweisen – 16 Millionen mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung gefährdet kommunale Gestaltungsspielräume massiv.

Statt eine Kreisfreiheit zu fordern, die hohe Risiken ohne Garantie auf Verbesserungen mit sich bringt, plädieren wir für eine Reform der Kreisumlage. Sie muss planbarer, berechenbarer und fairer werden. Künftig braucht es transparente Grundlagen, Grenzen für automatische Leistungssteigerungen auf Kreisebene und Schutzmechanismen gegen übermäßige Belastungen.

Infrastruktur und Standortpolitik modernisieren

Infrastruktur ist weit mehr als Straßenbau – sie ist die Plattform für Innovation und Entwicklung. Wir setzen auf:

- lückenlose Gigabit-Abdeckung,
- flächendeckendes 5G,
- digitale Netze in allen Gewerbegebieten.

Die Umsetzung der Kardinal-Frings-Brücke muss durch modernes Projektmanagement beschleunigt werden. Auch Technologieparks, Rechenzentren und smarte Gewerbeflächen sollen durch private Investoren entwickelt werden. Die Stadt soll moderieren – nicht selbst bauen.

Der Neusser Hafen soll bis 2040 zu einem regionalen Wasserstoff-Hub entwickelt werden – als Drehscheibe für klimafreundliche Logistik, Industrie und Innovation.

Gewerbeflächen strategisch entwickeln

Die Flächen in Neuss sind begrenzt – und deshalb besonders wertvoll. Wir setzen auf:

- Nachverdichtung bestehender Gewerbestandorte,
- moderne Mischquartiere aus Wohnen und Arbeiten,
- infrastrukturell vorbereitete Zukunftsflächen.

Wir fordern die Abschaffung sachfremder Kriterien in Genehmigungsprozessen. Vorrang sollen Vorhaben haben, die Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung sichern – unser Prinzip: Vorrang für Jobbeschaffer.

Gemeinsam mit Nachbarkommunen wollen wir neue Perspektiven für Gewerbe, Infrastruktur und Wohnraum erschließen – pragmatisch und zielgerichtet.

Privaten Raum lassen – Zurückhaltung beim Immobilienkauf

Die Stadt soll sich in der Wirtschaftspolitik mit Augenmaß und Zurückhaltung betätigen – insbesondere beim Kauf von Gewerbeimmobilien. Kommunale Akteure dürfen nicht in Konkurrenz zu privaten Investoren und Unternehmen treten. Wenn die öffentliche Hand Flächen oder Immobilien erwirbt, muss dies gut begründet, transparent und langfristig strategisch motiviert sein – nicht aktionistisch oder politisch getrieben.

Eine wirtschaftlich aktive Stadtverwaltung darf nicht zum Marktakteur werden, der mit Steuergeldern Wettbewerbsverzerrung betreibt. Solche Eingriffe behindern unternehmerisches Engagement, schrecken Investoren ab und gefährden Vertrauen in

faire Marktbedingungen. Die Stadt hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu gestalten – nicht, als Käufer, Entwickler oder Vermieter mit privaten Anbietern zu konkurrieren.

Daher gilt für uns: Kommunale Beteiligungen und Investitionen müssen dem Gemeinwohl dienen – und nicht als verkappter Markteingriff auftreten. Jeder Ankauf oder Einstieg muss nachvollziehbar, sachlich begründet und auf langfristige städtebauliche oder wirtschaftspolitische Ziele ausgerichtet sein. Andernfalls verspielt die Stadt nicht nur Geld, sondern auch Glaubwürdigkeit.

Innovationsstandort Neuss – Hochschule & Gründerszene stärken

Neuss hat das Potenzial, ein Zentrum für Innovation und Gründung zu werden – mit der Hochschule Niederrhein als Partner. Reallabore in 3D-Druck, Robotik, Lebensmitteltechnologie oder Kreislaufwirtschaft sollen mit privaten Partnern aufgebaut werden.

Start-ups brauchen Raum, Freiheit und Vertrauen. Public-Private-Partnerships können als Motor für Innovationscampusse dienen. Die Stadt muss sich als strategischer Möglichmacher verstehen – nicht als Risikoabsicherer.

Gastronomie & Veranstaltungen: Freiheit für Genuss, Kultur und Begegnung

Neuss soll pulsieren – mit einer lebendigen Gastronomie- und Veranstaltungskultur, die Vielfalt sichtbar macht, Menschen zusammenbringt und unternehmerische Freiheit stärkt. Die FDP setzt sich für ein städtisches Umfeld ein, das Kreativität und Gastfreundschaft nicht ausbremst, sondern gezielt fördert.

Gastronomie als Motor der Innenstadtbelebung, denn Cafés, Restaurants und Bars sind mehr als Wirtschaftsbetriebe – sie sind zentrale Begegnungsorte und Impulsgeber für das urbane Leben. Wer die Aufenthaltsqualität und Attraktivität unserer Innenstadt stärken will, muss die Gastronomie gezielt unterstützen – auch außerhalb klassischer Ladenöffnungszeiten.

Integration, Teilhabe und Vielfalt durch Gastronomie, denn bis zu 80 % der Beschäftigten in der Gastronomie haben Migrationshintergrund – damit ist die Branche einer der wichtigsten Orte für Integration, Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe in Neuss. Sie fördert Spracherwerb, schafft berufliche Perspektiven und bringt kulturelle Vielfalt direkt auf die Straße – und den Teller.

Bürokratie abbauen – Freiräume schaffen.

Wir fordern eine konsequente Entbürokratisierung bei Genehmigungsverfahren für Außengastronomie, Veranstaltungen und temporäre Nutzungen. Anträge müssen digital, einfach und zügig bearbeitet werden – innerhalb weniger Tage statt Wochen.

Mehr Kultur im öffentlichen Raum, denn Straßen, Plätze und Parks sind Räume der Begegnung – auch für Kultur und Events. Wir wollen mehr genehmigte Flächen für Streetfood-Märkte, Kulturfeste, Musikveranstaltungen und kreative Pop-Up-Formate – flexibel, saisonal und unbürokratisch nutzbar sein.

Faire Gebühren statt Hürden. Sondernutzungsgebühren müssen transparent, kalkulierbar und förderlich für innovative Formate sein. Kleine gastronomische und kulturelle Angebote dürfen nicht durch übermäßige Abgaben ausgebremst werden.

Nachtleben ermöglichen – mit Rücksicht und Freiheit, denn ein urbanes Nachtleben gehört zu einer lebendigen Stadt. Wir setzen auf einen konstruktiven Dialog zwischen Gastronomen, Anwohnern und Verwaltung, um praktikable Lösungen für Lärm- und Nutzungskonflikte zu entwickeln – mit dem Ziel eines respektvollen, aber selbstbewussten Miteinanders.

Kultur- und Veranstaltungswirtschaft stärken, denn Gastronomie und Events sind nicht nur Freizeitangebote, sondern auch relevante Wirtschaftsfaktoren. Wir fordern eine bessere Sichtbarkeit dieser Branchen in der städtischen Wirtschaftsförderung – inklusive gezielter Beratungs- und Unterstützungsangebote für Gründer und Kulturschaffende.

Wirtschaft und Klimaschutz gemeinsam denken

Technologieoffenheit ist kein Lippenbekenntnis, sondern die Voraussetzung für echten, wirksamen Klimaschutz. Wer ökologische Transformation ernst meint, darf sich nicht auf Verbote und Ideologien verlassen, sondern muss auf Forschung, Entwicklung und unternehmerischen Fortschritt setzen. Wir vertrauen auf die Innovationskraft unserer Wirtschaft – nicht auf planwirtschaftliche Steuerung.

Deshalb setzen wir auf smarte Energiesysteme, die Verbrauch und Erzeugung intelligent vernetzen. Wir fördern die Nutzung industrieller Abwärme, den zügigen Ausbau lokaler Wasserstoffnetze, die Entwicklung sicherer CO₂-Speichertechnologien und den systematischen Ausbau dezentraler Versorgungslösungen – vom Quartiersspeicher bis zur regenerativen Eigenproduktion.

Die Stadtwerke Neuss sollen in diesem Prozess als infrastrukturelle Ermöglicher agieren – nicht als steuergetriebene Großakteure oder Finanzpuffer für kommunale

Haushaltslöcher. Ihr Fokus muss auf Netzqualität, Versorgungssicherheit und Innovationsbereitschaft liegen. Kapitalbedarf ist über Beteiligungen, Partnerschaften und gezielte Förderkulissen zu decken – nicht über steigende Gebühren zulasten von Bürgern und Betrieben.

Fazit

Die FDP Neuss setzt auf eine wirtschaftsfreundliche, innovationsgetriebene und solide Finanzpolitik, die Neuss zur „Wirtschaftsheimat“ für Gründer, Unternehmen und Fachkräfte machen soll. Bürokratieabbau, digitale Verwaltung und transparente Rahmenbedingungen stehen ebenso im Fokus wie gezielte Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Steuerpolitik soll verlässlich und maßvoll bleiben – ohne neue Bagatellsteuern oder ideologisch motivierte Eingriffe.

Beim Klimaschutz verfolgt die FDP einen technologieoffenen Ansatz: Statt auf Verbote zu setzen, soll die ökologische Transformation durch Forschung, Entwicklung und unternehmerische Innovation vorangetrieben werden. Smarte Energiesysteme, Wasserstofftechnologie, industrielle Abwärmenutzung und dezentrale Versorgungslösungen sind zentrale Bausteine. Die Stadtwerke Neuss sollen dabei als Ermöglicher moderner Infrastruktur agieren – effizient, verlässlich und ohne finanzielle Überlastung von Bürgern und Betrieben. So wird Klimaschutz zum Fortschrittsmotor – nicht zur Wachstumsbremse.

2. Mobilität – Neuss bewegen statt ausbremsen

Mobilität heißt: Nicht das Verkehrsmittel wird vorgeschrieben, sondern der Weg wird freigemacht. Wir setzen uns für intelligente Mobilitätsknoten, flexible Parkraummodelle und nutzerfreundliche On-Demand-Angebote ein. Wer sich für das Fahrrad entscheidet, tut das freiwillig – nicht, weil wir das Auto verdrängen, sondern weil wir Wahlmöglichkeiten schaffen.

Verkehrspolitik mit Realitätssinn und Respekt

Mobilität ist mehr als Fortbewegung – sie bedeutet Freiheit, Teilhabe, wirtschaftliche Dynamik und Lebensqualität. Eine moderne Stadt wie Neuss braucht eine Verkehrspolitik, die den Alltag der Menschen anerkennt – nicht ihre Verkehrsmittel bewertet. Wir Freie Demokraten stehen für eine Mobilitätspolitik, die ermöglicht statt bevormundet, die Vielfalt anerkennt, statt einseitig zu fördern – und die wirtschaftlich tragfähig bleibt.

Freie Wahl statt ideologischer Bevormundung

Für uns ist klar: Ob zu Fuß, mit dem Rollstuhl, dem Fahrrad, dem Auto oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr – Mobilität beginnt mit der freien Entscheidung jedes Einzelnen. Der motorisierte Individualverkehr bleibt für viele unverzichtbar – für Familien, ältere Menschen, Handwerksbetriebe und Pendler. Das respektieren wir – und richten unsere Politik danach aus. Wir lehnen eine Verkehrspolitik ab, die das Auto systematisch zurückdrängt. Neuss braucht keine Stellvertreterdebatten, sondern pragmatische Lösungen, die funktionieren.

Mobilitätsfreiheit sichern – für alle Generationen

Mobilität darf nicht an Bordsteinkanten, fehlenden Sitzmöglichkeiten oder ungeeigneter Infrastruktur scheitern. Auch Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollator oder mit erhöhtem Ruhebedarf müssen sich in Neuss sicher, selbstbestimmt und ohne Barrieren fortbewegen können.

Dazu braucht es nicht nur gute Absichten, sondern konkrete Maßnahmen: ausreichend barrierefreie Parkplätze, abgesenkte Bordsteine, breite, durchgängig begehbare Gehwege, öffentlich zugängliche WCs und regelmäßige Sitzgelegenheiten zum Ausruhen – überall dort, wo Menschen unterwegs sind.

Mobilitätspolitik muss für alle gemacht sein – nicht nur für die, die ohnehin mobil sind. Wer Teilhabe ernst nimmt, muss die Stadt so gestalten, dass niemand ausgeschlossen wird – weder im Zentrum noch im Quartier, weder heute noch morgen.

Parkraum erhalten – Innenstadt erreichbar halten

Die gezielte Reduzierung von Parkplätzen in der Innenstadt ist eine verfehlte Verkehrspolitik mit spürbaren Nebenwirkungen: Sie gefährdet die Existenz des lokalen Einzelhandels, erschwert Kundinnen und Kunden den Zugang, nimmt bewusst Kaufkraftverluste, Verödung und soziale Ausgrenzung in Kauf.

Wir Freie Demokraten stehen für eine erreichbare Innenstadt – für alle. Dazu gehört auch, dass man mit dem Auto in die Stadt kommen kann, ohne im Parksuchverkehr zu stranden oder ins Umland ausweichen zu müssen. Für viele Menschen – etwa Familien mit Kindern, Handwerker, Pendler oder Menschen mit körperlichen Einschränkungen – ist das Auto kein Luxus, sondern Alltagserfordernis.

Parkraum darf nicht künstlich verknappert werden, sondern muss intelligent bewirtschaftet und gesichert werden. Das heißt: Erhalt bestehender Parkmöglichkeiten, bedarfsgerechte Modernisierung von Parkhäusern, digitale Parkleitsysteme und faire, aber nicht abschreckende Gebührenmodelle. Gleichzeitig setzen wir auf die Verbesserung des Umweltverbunds – aber nicht auf Kosten derjenigen, die auf das Auto angewiesen sind.

Die Innenstadt braucht Frequenz, nicht Ideologie. Wer die Vielfalt von Handel, Gastronomie, Dienstleistungen und Kultur erhalten will, muss dafür sorgen, dass Menschen auch dorthin gelangen – komfortabel, barrierefrei und ohne Hürden.

Unser Ziel ist klar: Eine lebendige, erreichbare Innenstadt – nicht ein verkehrspolitisches Experimentierfeld.

Anwohnerparken – fair, digital und realistisch

Anwohnerparken kann Lebensqualität schaffen – aber nur, wenn es durchdacht, fair und praktikabel umgesetzt wird. Wer im Viertel wohnt, soll einen verlässlichen Anspruch auf wohnortnahes Parken haben. Doch was ursprünglich als Entlastung gedacht war, darf nicht zur faktischen Verdrängung werden.

Für uns ist klar: Anwohnerparken darf nicht zur versteckten Steuer verkommen. Gebühren müssen sich an tatsächlichen Verwaltungs- und Lenkungskosten orientieren – nicht als Einnahmequelle für klamme Stadtkassen missbraucht werden. Willkürliche oder überzogene Gebührenerhöhungen lehnen wir ab.

Zugleich braucht es digitale, flexible Lösungen für alle, die regelmäßig im Quartier unterwegs sein müssen – etwa Pflegekräfte, Handwerker oder Besuch. Diese Menschen leisten einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander und dürfen nicht durch ein rigides Parkregime von ihrer Arbeit abgehalten werden. Ein digitales Besuchermanagement sowie flexible Zeitkontingente sind längst technisch möglich – es fehlt allein der politische Wille.

Die Einführung von Anwohnerparken darf keinesfalls mit gleichzeitiger Reduktion von Stellplätzen einhergehen. Wer Parkraum genehmigt, muss ihn auch erhalten. Es ist nicht hinnehmbar, dass unter dem Deckmantel „Aufwertung des öffentlichen Raums“ Stellflächen gestrichen werden, bevor Alternativen geschaffen sind.

Unsere Haltung ist eindeutig: Anwohnerparken ja – aber mit Augenmaß, digitalem Komfort und sozialer Fairness. Alles andere führt zu Frust, Verdrängung und bürokratischer Willkür.

Radverkehr mit Sinn und Verstand fördern

Wir bekennen uns klar zum Ausbau sicherer, alltagstauglicher Radverbindungen – besonders dorthin, wo sie für viele Menschen im Alltag entscheidend sind: zu Schulen, Sportstätten, Bahnhöfen und in die Stadtteile. Radverkehr ist ein wichtiger Bestandteil moderner Mobilität.

Verkehrspolitik muss auf Wirkung, nicht auf Symbolik setzen. Wir lehnen Prestigeprojekte ab, die teuer sind, aber kaum genutzt werden. Infrastruktur muss dort entstehen, wo sie real gebraucht wird, Lücken schließt und messbar zur Verbesserung der Mobilität beiträgt. Breite Radwege ins Nichts oder auf wenig genutzten Strecken sind keine Verkehrswende, sondern Ressourcenverschwendung.

Unser Anspruch ist eine vernetzte, pragmatische Mobilität, bei der Rad, Auto, öffentlicher Personennahverkehr und Fußwege sinnvoll zusammenspielen – statt gegeneinander ausgespielt zu werden. Wer Radverkehr stärken will, muss sicherstellen, dass Infrastruktur nicht nur geplant, sondern auch sinnvoll genutzt wird.

Mobilität finanzierbar halten

Gute Verkehrspolitik darf den städtischen Haushalt nicht überfordern. Wir sagen Ja zu Anschubfinanzierungen für innovative Ideen – aber Nein zu dauerhaften Subventionen ohne Nachfrage. Jede Maßnahme muss sich an ihrem Verhältnis von Kosten und Nutzen messen lassen. Mobilitätspolitik ist immer auch Finanzpolitik.

Tempo 30 – mit Augenmaß

Wir unterstützen Tempo 30 – dort, wo es sinnvoll und notwendig ist: vor Kitas, Schulen, Pflegeheimen und anderen sensiblen Bereichen, in denen die Sicherheit von besonders schutzbedürftigen Personen im Vordergrund steht. In solchen Zonen kann eine Geschwindigkeitsreduzierung Leben schützen und ist absolut gerechtfertigt.

Ein flächendeckendes Tempo-30-Limit im gesamten Stadtgebiet lehnen wir jedoch ab. Solche pauschalen Maßnahmen bremsen nicht nur den Verkehrsfluss unnötig aus, sondern führen auch zu mehr Staus, Umwegverkehren und höheren Emissionen durch Stop-and-Go-Verkehr. Die vermeintlichen Vorteile für Umwelt- oder Lärmschutz sind wissenschaftlich nicht eindeutig belegt – im Gegenteil: In vielen Fällen wird durch einheitlich niedrige Geschwindigkeiten sogar eine ineffizientere Verkehrsführung mit höheren Belastungen erreicht.

Wir setzen stattdessen auf intelligente Verkehrssteuerung, gezielte Maßnahmen an Gefahrenstellen und moderne Technik, um Sicherheit, Mobilität und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Pauschale Tempolimits nach dem Gießkannenprinzip helfen niemandem – sie schaden am Ende allen: den Anwohnern, dem Wirtschaftsverkehr und dem öffentlicher Personennahverkehr.

On-Demand statt Geisterbahn – NEMo ehrlich bilanzieren

Das Beispiel NEMo zeigt, wohin gut gemeinte, aber schlecht evaluierte Verkehrspolitik führen kann – nämlich in eine wirtschaftliche Sackgasse. Die Nutzerzahlen bleiben trotz großflächiger Bewerbung und millionenschwerer Förderung konstant niedrig, die Kosten für den Betrieb steigen hingegen Jahr für Jahr. Derzeit reden wir von mehreren Millionen Euro, die jährlich aus städtischen Mitteln in ein Angebot fließen, das nicht angenommen wird. Und dennoch soll das Angebot nun sogar ausgeweitet werden – gegen jede wirtschaftliche Vernunft.

Wir sagen klar: Was sich nicht bewährt, muss beendet werden. Dauerhafte Subventionen für ein kaum genutztes Mobilitätsangebot sind weder nachhaltig noch verantwortbar – weder gegenüber den Steuerzahlern noch gegenüber kommenden Generationen. Noch gravierender ist jedoch: Die Stadt greift hier über ein Tochterunternehmen aktiv in einen Markt ein, in dem bereits private Anbieter tätig sind – auf eigenes Risiko, ohne staatliche Zuschüsse. Das ist ein klarer Schlag gegen die lokale Beförderungsbranche und eine massive Wettbewerbsverzerrung.

Ein kommunal geförderter Anbieter kann nie ein fairer Marktteilnehmer sein. Während private Fahrdienste wirtschaftlich arbeiten müssen, wird NEMo aus Steuermitteln quersubventioniert – unabhängig von Auslastung oder Wirtschaftlichkeit. Diese Praxis gefährdet langfristig private Anbieter, die Arbeitsplätze schaffen, Steuern zahlen und für echte Innovationen im Bereich der Mobilität sorgen.

Wir fordern deshalb: Die Stadt hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen – aber nicht, sich selbst als Anbieter in einen funktionierenden Markt zu drängen. Mobilitätsangebote, insbesondere im On-Demand-Bereich, gehören in die Hände freier, wirtschaftlich handelnder Unternehmen. Statt Millionen in ein künstlich gestütztes Angebot zu pumpen, das weder ökologisch noch ökonomisch überzeugt, sollte die Stadt auf Kooperationen mit privaten Akteuren setzen, die flexibel, effizient und nachfrageorientiert arbeiten können.

Öffentliche Mittel müssen dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich einen Mehrwert für die Allgemeinheit schaffen – nicht, um ein Prestigeprojekt am Leben zu halten, das am Bedarf der Bürger vorbeigeht. Mobilitätspolitik braucht Realitätssinn, nicht Ideologie.

Zukunftsinvestition Erftsprung – Anbindung statt Symbolpolitik

Der sogenannte „Erftsprung“ – die bessere Anbindung des Neusser Hafens – ist ein Schlüsselprojekt für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen auf diese große Lösung mit:

- Schienenanbindung,
- Güterverkehrsintegration,
- möglicher Radverbindung.

Wir lehnen hingegen teure Einzelmaßnahmen ohne Wirkung oder Förderperspektive ab. Neuss braucht Infrastruktur mit langfristigem Nutzen – keine Symbolpolitik.

Fazit

Wir Freie Demokraten gestalten Mobilität so, dass Neuss in Bewegung bleibt: frei, leistungsfähig und zukunftssicher. Nicht durch Gängelung, sondern durch Ermöglichung. Nicht durch Bevormundung, sondern durch Respekt vor den Entscheidungen der Menschen. Unsere Verkehrspolitik setzt auf Realitätssinn, wirtschaftliche Vernunft und technologischen Fortschritt – für alle, die etwas vorhaben.

3. Wohnen und Stadtentwicklung

Neuss entwickeln statt blockieren

Wohnen darf kein Luxusgut sein. Doch genau das droht zu geschehen, wenn steigende Baukosten, starre Quoten und ausufernde Bürokratie Wohnprojekte blockieren. Für uns Freie Demokraten ist klar: Neuss braucht keine ideologisch überformte Wohnungspolitik, sondern eine, die Realität anerkennt, Chancen nutzt und Hürden abbaut. Wir setzen auf pragmatische Lösungen, die den Wohnungsbau wieder in Gang bringen – durch Entbürokratisierung, moderne Eigentumsmodelle wie Genossenschaften und Erbpacht sowie ein digitales, flächensparendes Bodenmanagement. So kann der Traum vom eigenen Zuhause wieder greifbar werden.

Stadtentwicklung mit Weitblick – statt Planungsroutine

Stadtentwicklung ist kein Experimentierfeld für politische Dogmen, sondern eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Sie muss sich an Lebenswirklichkeit und Lebensqualität orientieren – für alle, die in Neuss leben, investieren oder bauen wollen. Unser Ziel ist eine Stadt, in der Wohnraum nicht nach Quoten geschaffen wird, sondern nach tatsächlichem Bedarf, finanzieller Tragfähigkeit und städtebaulichem Sinn. Eine Stadt, in der die Verwaltung gestaltet, statt zu verhindern, und die bei Planungen architektonische Vielfalt, soziale Balance und wirtschaftliche Vernunft miteinander in Einklang bringt.

Mehr Wohnraum durch Ermöglichung – nicht durch Blockade

Dass der Wohnungsbau in Neuss ins Stocken geraten ist, liegt nicht allein an gestiegenen Baukosten – sondern auch an politisch hausgemachten Hindernissen. Vorgaben wie eine Sozialquote von bis zu 50 Prozent wirken abschreckend und verhindern Investitionen anstatt sozialen Wohnraums zu fördern. Wir setzen uns für flexible Zielkorridore ein, die Spielräume eröffnen statt schließen. Auch preisgedämpfte Wohnungen können den Markt entspannen – entscheidend ist, dass Menschen überhaupt wieder bezahlbaren Wohnraum finden. Es zählt nicht die Überschrift, sondern die Wirkung.

Sozial geförderter Wohnraum ist wichtig und muss weiter geschaffen werden – aber in einem gesunden Verhältnis. Wenn in neuen Quartieren der Anteil geförderter Wohnungen zu hoch ist, führt das zu einer strukturellen Verengung des Wohnungsmarkts. Besonders betroffen ist dann die Mittelschicht – Menschen mit normalen Einkommen: Fachkräfte, Handwerker, Pflegekräfte, Angestellte. Für sie gibt

es immer weniger Angebote. Sie verdienen zu viel für geförderten Wohnraum, aber zu wenig für die stark verteuerten freien Mietwohnungen.

Was folgt, ist eine massive soziale Schieflage: Die Mittelschicht wird systematisch aus Neubauquartieren verdrängt. Sie findet keinen Wohnraum mehr in der Stadt, wird in Randlagen oder ins Umland gedrängt – oft mit langen Pendelwegen und einer sinkenden Lebensqualität. Gleichzeitig steigen die Preise im frei finanzierten Segment weiter an, weil das Angebot künstlich verknappt wird. Damit trifft man ausgerechnet jene, die das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden – und schürt sozialen Unmut.

Diese Entwicklung birgt sozialen Sprengstoff. Wenn Menschen, die jeden Tag arbeiten, keinen angemessenen Wohnraum mehr finden, bricht das Vertrauen in Politik und Stadtentwicklung weg. Eine Stadt, die keine Perspektiven für ihre Mitte bietet, verliert ihre soziale Balance.

Deshalb braucht es einen realitätsnahen Kurswechsel: Wir setzen uns für eine wohnungspolitische Steuerung ein, die auf Mischung und Durchlässigkeit setzt – statt auf einseitige Quoten. Geförderte, preisgedämpfte und frei finanzierte Wohnungen müssen nebeneinander entstehen – ausgewogen, marktgerecht und mit Blick auf das große Ganze. Denn eine gerechte Stadt ist eine, in der alle Platz finden - nicht nur am Rand, sondern mittendrin.

Bestandsentwicklung vor Flächenfraß

Neuer Wohnraum muss nicht zwangsläufig auf bisher unbebauten Flächen entstehen. Die großen Potenziale liegen im Bestand – in der Sanierung, der Umnutzung leerstehender Gebäude und der Aufstockung vorhandener Bausubstanz. Das ist oft schneller, günstiger und ökologisch sinnvoller als Neubau auf der grünen Wiese. Wo neue Quartiere entstehen, sollen sie offen, vielfältig und durchdacht geplant sein – nicht als monotone Planflächen, die wenige Jahre später korrigiert werden müssen.

Verwaltung als Möglichmacher – nicht als Baugenehmigungstau

Wer in Neuss bauen will, darf nicht an einem Wald aus Satzungen, Formularen und Wartezeiten verzweifeln. Die Bauverwaltung muss vom Verhinderer zum Ermöglicher werden. Wir fordern eine digitalisierte, transparente und verbindlich arbeitende Verwaltung mit klaren Fristen und lösungsorientiertem Handeln. Es braucht den Mut, überholte Stellplatzsatzungen und Höhenbegrenzungen zu überdenken – zugunsten eines flexibleren, realitätsnahen Bauens.

Lebenswerte Quartiere statt Einheitsarchitektur

Gute Stadtentwicklung hört nicht am Bauzaun auf. Es geht darum, Quartiere lebendig zu denken – mit wohnortnahem Grün, echten Begegnungsmöglichkeiten, barrierefreier Infrastruktur und einem durchdachten Miteinander von Wohnen, Arbeiten, Bildung und Freizeit. Wir lehnen standardisierte Baukonzepte ab, die keinen Raum für Identität lassen. Stadtteile müssen organisch wachsen können – anpassungsfähig, vielfältig und menschlich.

Nachhaltig planen – intelligent umsetzen

Nachhaltigkeit beginnt nicht beim Dämmwert, sondern bei der Frage, wie und wo gebaut wird. Ressourcenschonung, Energieeffizienz und gute Erreichbarkeit für alle Verkehrsträger sind für uns zentrale Bestandteile intelligenter Stadtplanung. Nachhaltige Entwicklung heißt auch, Menschen frühzeitig mitzunehmen – durch digitale Beteiligungsformate, die echte Mitgestaltung ermöglichen. Wer mitreden kann, unterstützt Veränderungen eher.

Stadtplanung braucht realistische Infrastruktur

Wohnraumentwicklung darf nicht isoliert erfolgen. Jedes neue Bauvorhaben muss von Anfang an mitgedacht werden in Bezug auf Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Mobilität, öffentliche Räume und soziale Angebote. Nur so entstehen lebenswerte Stadtteile, die mehr bieten als Quadratmeter – nämlich Lebensqualität, Gemeinschaft und Perspektive.

Wärmewende ohne Anschlusszwang

Die Wärmewende ist eine zentrale Zukunftsaufgabe – auch für Neuss. Wir Freie Demokraten stehen hinter dem Ziel, unsere Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten. Dabei ist für uns aber genauso klar: Klimaschutz darf nicht mit Bevormundung, wirtschaftlicher Unvernunft oder technologischem Einheitszwang erkaufte werden. Was aktuell vielerorts im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung diskutiert wird, läuft auf genau das hinaus: einen verpflichtenden Anschluss an Nah- oder Fernwärmenetze – unabhängig davon, ob eine Immobilie bereits effizient beheizt wird oder ob der Anschluss überhaupt wirtschaftlich sinnvoll ist. Diesem Anschlusszwang erteilen wir eine klare Absage.

Wir setzen auf Überzeugung statt Vorschrift. Wer heute in eine moderne Heizung investiert – etwa eine effiziente Gas-Brennwertanlage oder ein Hybrid-System – muss sich darauf verlassen können, dass diese Investition nicht wenige Jahre später durch gesetzliche Vorgaben entwertet wird. Planungssicherheit und Eigentumsschutz sind für uns nicht verhandelbar. Der Anschluss an ein Wärmenetz muss freiwillig bleiben –

zumal er mit hohen Baukosten, langfristigen vertraglichen Bindungen und einem faktischen Versorgungsmonopol einhergeht. Preissteigerungen sind dann kaum kontrollierbar, ein Anbieterwechsel nicht möglich. Das ist weder sozial gerecht noch marktwirtschaftlich tragfähig.

Wir fordern deshalb eine Wärmewende, die offen für verschiedene Technologien bleibt, wirtschaftlich zumutbar ist und den Menschen Wahlfreiheit lässt. Statt Zwang braucht es transparente Informationen, verlässliche Beratung und attraktive Förderangebote, um Eigentümerinnen und Eigentümer bei einer klimaschonenden Modernisierung zu unterstützen. Auch Sanierungen einzelner Gebäude dürfen nicht künstlich verzögert werden, nur weil in ferner Zukunft ein Netzanschluss geplant ist.

Zudem weisen wir darauf hin, dass zentrale Wärmenetze nicht automatisch sicherer oder nachhaltiger sind. Viele dieser Systeme sind auf wenige Großanlagen angewiesen und anfällig für Ausfälle. Dezentrale und vielfältige Lösungen – etwa durch Wärmepumpen, Solarthermie oder Biomasse – bieten oft mehr Versorgungssicherheit und Resilienz.

Die Wärmewende wird nur gelingen, wenn sie mit den Menschen gestaltet wird – nicht gegen sie. Wir setzen auf Eigenverantwortung, Fairness und wirtschaftliche Vernunft. Der Anschluss an ein Wärmenetz darf kein politisches Zwangsinstrument werden. Stattdessen braucht es Vertrauen in individuelle Lösungen und eine Politik, die die Vielfalt der Wege zum Ziel anerkennt.

Fazit

Wir Freie Demokraten wollen ein Neuss, das wächst – selbstbewusst, durchdacht und vielfältig. Eine Stadt, in der gebaut wird, weil es sich lohnt, nicht weil es verordnet wird. Eine Verwaltung, die Verantwortung übernimmt und gestaltet, statt zu blockieren. Und eine Stadtentwicklung, die Freiheit schafft – für die, die etwas vorhaben, und für die, die hier leben wollen.

4. Bildung

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stadt ein, in der Aufstieg kein Privileg, sondern eine Möglichkeit für alle ist. Ob Berufsschule oder Hochschule, Weiterbildung oder Umschulung – wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass jeder seinen eigenen Weg gehen kann. Dafür wollen wir gezielt Familien, Alleinerziehende und Menschen mit geringen Einkommen durch Bildungspartnerschaften, digitale Lernangebote und unbürokratische Förderung unterstützen.

Chancen schaffen – für alle, die etwas bewegen wollen

Bildung ist die Grundlage für individuelle Freiheit, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Aufstieg. Für uns Freie Demokraten in Neuss ist Bildung nicht nur eine kommunale Aufgabe, sondern ein Freiheitsversprechen an jede und jeden Einzelnen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in unserer Stadt die Chance bekommen, ihr Potenzial zu entfalten – unabhängig von Herkunft, Bildungsweg oder Lebenssituation.

Frühkindliche Betreuung – mit Qualität statt Bürokratie

Bereits im frühkindlichen Alter werden wichtige Grundlagen für späteren Bildungserfolg gelegt. Deshalb ist für uns der Zugang zu hochwertiger Betreuung und frühkindlicher Förderung ein zentrales Anliegen. Wir wollen den Kita-Ausbau konsequent weiter vorantreiben – aber nicht allein mit Blick auf Betreuungszahlen, sondern mit einem Fokus auf Qualität, Verlässlichkeit und Wahlfreiheit. Die Stadt muss dabei weniger regulieren und mehr ermöglichen: durch den Abbau bürokratischer Hürden für freie und private Träger, durch flexible Betreuungsmodelle für Familien mit unterschiedlichen Arbeitszeiten und durch gezielte Unterstützung von Erzieherinnen und Erziehern in ihrer wichtigen pädagogischen Arbeit.

Moderne Schulen – moderne Ausstattung

Auch unsere Schulen brauchen weiterhin bessere Bedingungen – räumlich, digital und strukturell. In Städten wie Neuss ist die digitale Ausstattung mit iPads für Schüler und Lehrkräfte bereits weit fortgeschritten. Dennoch bestehen Herausforderungen, insbesondere beim WLAN-Zugang und bei der praktischen Anwendung der digitalen Möglichkeiten im Unterricht. Viele Schulgebäude sind zudem sanierungsbedürftig, und die Anforderungen durch Ganztagsbetreuung, Inklusion, Sprachförderung und Integration belasten Schulen und Lehrkräfte stark. Für uns ist klar: Gute Bildung braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb fordern wir klare Prioritäten beim

Schulbau, verbindliche Zeitpläne für Sanierungen und Neubauten sowie eine flächendeckend funktionierende digitale Infrastruktur. Digitales Lernen darf nicht am WLAN scheitern – und digitale Ausstattung muss durch technischen und personellen Support sinnvoll ergänzt werden.

Vielfalt fördern – statt „one fits all“

Wir setzen auf ein vielfältiges Schulsystem, das unterschiedliche Talente und Bildungswege gleichwertig anerkennt. Einheitsschulen und Zentralisierung lehnen wir ab. Eltern und Kinder sollen die Schule wählen können, die zu ihnen passt – ob Gesamtschule, Realschule, Gymnasium oder Förderschule. Diese Vielfalt ist ein Reichtum, den es zu bewahren gilt. Ebenso wollen wir die Berufskollegs stärken, die einen unverzichtbaren Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Integration junger Menschen leisten.

Besonders am Herzen liegt uns schließlich die Förderung individueller Stärken. Wir glauben nicht an Gleichmacherei, sondern an gezielte Förderung. Kinder mit besonderen Begabungen sollen ebenso Unterstützung erhalten wie jene, die zusätzliche Hilfe brauchen – etwa in der Sprachentwicklung oder bei Übergängen zwischen Bildungsphasen. So entsteht echte Chancengerechtigkeit: nicht durch einheitliche Maßstäbe, sondern durch individuelle Unterstützung.

Bildung weiterdenken

Ein besonderes Anliegen ist uns die engere Verknüpfung von Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft. Schulen dürfen keine Inseln sein – sie brauchen Partner aus der Praxis. Wir wollen Praktika, außerschulisches Lernen, Begegnungen mit Unternehmen, Stiftungen und sozialen Initiativen stärken. So entsteht eine neue Bildungskultur, die Eigenverantwortung, Kreativität und Engagement in den Mittelpunkt stellt.

Neuss soll nicht nur Schulstadt, sondern auch Hochschulstandort mit Zukunft sein. Unser Ziel ist eine engere Verzahnung von Hochschule, Forschung, Start-ups und Mittelstand. Wir wollen einen Innovation Campus fördern, der moderne Studienangebote mit Praxisnähe und unternehmerischem Denken verbindet. Studiengänge in Bereichen wie Energie, Digitalisierung, Mobilität oder Gesundheitswirtschaft sind dabei genauso gefragt wie intelligente Lösungen für Technologietransfer und Gründung. Die Kooperation mit der regionalen Wirtschaft, insbesondere im Umfeld des Neusser Hafens, Rheinmetall oder der IHK, ist hierfür zentral.

Bildung als lebenslanger Prozess

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss – sie begleitet uns ein Leben lang. Gerade in Zeiten des Wandels muss die Stadt Weiterbildung, Umschulung und Qualifizierung stärker fördern – in Kooperation mit VHS, Kammern, Hochschulen und der Wirtschaft.

Ein besonderer Fokus sollte auf Zukunftsthemen wie Künstlicher Intelligenz liegen. Anstatt ihren Einsatz in Schulen zu begrenzen, sollten Fortbildungen für Lehrkräfte ausgebaut und Lerninhalte entsprechend weiterentwickelt werden.

Fazit

Neuss braucht eine Bildungspolitik, die Verantwortung überträgt statt zentral reglementiert – und eine Verwaltung, die unterstützt statt bremst. Bildung gelingt dort, wo Menschen Vertrauen und Gestaltungsfreiheit bekommen. Dafür stehen wir.

5. Digitalisierung und Verwaltung

Digitalisierung ist kein Zukunftsprojekt mehr – sie ist längst Realität: in Unternehmen, im Alltag, in der Kommunikation. Nur die Verwaltung hinkt oft noch hinterher. Das muss sich ändern. Eine leistungsfähige, digital organisierte Stadtverwaltung ist der Schlüssel zu einem modernen, bürgernahen Neuss. Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Stadt muss vom Bremser zum Beschleuniger werden – mit einer Verwaltung, die Prozesse vereinfacht, Anliegen ermöglicht und Innovation nicht aussitzt, sondern aktiv vorantreibt.

Die Wirtschaft ist digital – die Verwaltung muss endlich aufholen

Neusser Unternehmen arbeiten längst digital – nicht zuletzt durch gesetzliche Vorgaben wie die E-Rechnungspflicht seit 2025. Die Stadt hingegen setzt vielerorts noch auf Papierakten, Faxgeräte und analoge Formulare. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf eine digitale Verwaltung, die funktioniert – verständlich, erreichbar, effizient. Was am Smartphone selbstverständlich ist, darf im Rathaus kein Sonderfall mehr sein.

Wir wollen Neuss zum Vorreiter kommunaler Digitalisierung machen. Unser Ziel: Alle Verwaltungsleistungen – von der Wohnsitzanmeldung bis zur Baugenehmigung – digital, medienbruchfrei und binnen klarer Fristen. Es braucht moderne Software, schlanke Prozesse, motiviertes Personal und vor allem den politischen Willen zur Veränderung. Digitalisierung ist kein Selbstzweck – sie ist das wirksamste Mittel gegen Frust, Wartezeiten und ineffiziente Abläufe.

Onlinezugangsgesetz: Jetzt in die Umsetzung

Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) wurde bereits 2017 der gesetzliche Rahmen geschaffen, um Verwaltungsleistungen digital verfügbar zu machen – für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Doch die Umsetzung in der Praxis stockt. Zu oft bleibt es bei Pilotprojekten, Insellösungen oder internen Absichtserklärungen. Wir fordern: Schluss mit der Verzögerung! Neuss muss das OZG endlich flächendeckend umsetzen. Das heißt: alle verpflichtenden Leistungen digital anbieten – einfach auffindbar, verständlich nutzbar und medienbruchfrei. Es reicht nicht, digitalisierte PDF-Formulare zum Ausdrucken ins Netz zu stellen. Wir brauchen echte Online-Dienstleistungen mit digitalem Antrag, digitalem Bescheid und klarer Frist.

Das OZG ist kein optionales Angebot – es ist geltendes Recht. Die Stadt Neuss muss sich hier zur vollständigen, zügigen Umsetzung bekennen und die nötigen Ressourcen bereitstellen.

Führung durch Kompetenz – nicht durch Verwaltungsroutine

Digitale Transformation beginnt bei der Haltung. Wir fordern: Digitale Kompetenz muss Führungsaufgabe werden. Wer Verantwortung trägt, muss Digitalisierung nicht nur dulden, sondern treiben – mit Mut, Tempo und klarem Qualitätsanspruch. Es reicht nicht, digitale Plattformen bereitzustellen – sie müssen aktuell, benutzerfreundlich und leistungsfähig sein. Wer in Neuss etwas vorhat, soll nicht auf Monate vertröstet werden, sondern auf eine Verwaltung treffen, die mitdenkt, mitzieht und mitgestaltet.

Standortfaktor Digitalisierung: auch außerhalb des Rathauses

Digitalisierung endet nicht an der Bürotür der Stadtverwaltung. Neuss braucht eine zukunftsfähige, vernetzte Infrastruktur, die auch Wirtschaft, Logistik und Stadtentwicklung stärkt. Ob Verkehrsmanagement, Industrie 4.0 oder KI-gestützte Logistikketten – die Verwaltung muss hier Partner, nicht Verwalter sein. Offene Daten, intelligente Schnittstellen und Innovationsprojekte mit Unternehmen sind zentrale Bausteine einer modernen Stadt.

Gerade als Logistikstandort muss Neuss bei Themen wie digitale Zwillinge, Echtzeitdaten und automatisierter Verkehrssteuerung vorne mitspielen. Wer Digitalisierung jetzt verschläft, verliert den Anschluss – und gefährdet wirtschaftliche Chancen und Arbeitsplätze.

Digitalisierung für Menschen – nicht für Bürokratie

Für uns ist klar: Digitalisierung muss den Menschen dienen. Das heißt: Datenschutz mit Augenmaß, barrierefreie Zugänge, einfache Sprache und Unterstützung für alle Altersgruppen. Wir wollen kein digitales Neuss der Technik, sondern ein Neuss der Möglichkeiten – offen, pragmatisch und lösungsorientiert.

Fazit

Eine moderne Verwaltung ist der wichtigste Standortfaktor für eine moderne Stadt. Darum sagen wir nicht nur: Weniger Bürokratie auf Papier. Sondern: Weniger Bürokratie überhaupt.

6. Sicherheit und Ordnung

Freiheit ist nur möglich, wenn Menschen sich sicher fühlen – im eigenen Zuhause, auf Straßen und Plätzen, in Parks, Bahnhöfen und auch im digitalen Raum. Sicherheit ist keine theoretische Kategorie, sondern die konkrete Voraussetzung für Lebensqualität, gesellschaftliches Vertrauen und wirtschaftliche Stabilität. Ohne Sicherheit gibt es keine echte Freiheit – und ohne klare Ordnung kein funktionierendes Miteinander.

Die FDP Neuss steht für eine Sicherheitspolitik mit klarem Kompass: entschlossen im Handeln, bürgernah in der Umsetzung und rechtsstaatlich in der Haltung. Wir setzen nicht auf Symbolpolitik oder pauschale Verbote, sondern auf sichtbare Präsenz, Verlässlichkeit und Prävention, wo sie gebraucht werden. Ordnungspolitik darf nicht zum ideologischen Spielfeld verkommen. Sie muss sich an Wirkung, Rechtsklarheit und praktischer Umsetzbarkeit orientieren – nicht an Schlagzeilen oder moralischen Etiketten.

Sicherheit ist Aufgabe des Staates – aber auch Ausdruck von Respekt gegenüber den Menschen, die hier leben, arbeiten, zur Schule gehen oder ihren Alltag gestalten. Wer Sicherheit schwächt, gefährdet Freiheit. Wer sie überzieht, beschädigt Vertrauen. Wir wollen beides bewahren – mit Augenmaß, aber auch mit der notwendigen Konsequenz.

Präsenz - statt neuer Verbote

Ein zentrales Fundament für mehr Sicherheit in Neuss ist die konsequente Präsenz im öffentlichen Raum. Menschen fühlen sich dort sicher, wo Ordnungskräfte sichtbar, ansprechbar und handlungsbereit sind. Es reicht nicht, nur auf dem Papier präsent zu sein – Sicherheit muss erfahrbar sein, insbesondere an Orten mit hohem Publikumsverkehr oder in bekannten Brennpunkten. Wir fordern nicht nur Kontrolle im öffentlichen Raum, sondern, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten des Kommunalem Sicherheits- und Ordnungsdiensts (KSOD) und der Polizei, auch eine intensivere Durchsetzung der Öffentlichen Ordnung.

Wir fordern eine enge, verbindliche Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Polizei, die nicht im Zuständigkeitsgerangel steckenbleibt, sondern klare Zuständigkeiten definiert, digitale Kommunikationswege nutzt und gemeinsame Präsenzkonzepte verfolgt. Polizei und Ordnungsdienst sollen gezielt dort eingesetzt werden, wo es erforderlich ist – nicht nach Kalender, sondern nach Lagebild.

Moderne Sicherheitspolitik braucht Transparenz, Technologie und Teamarbeit. Wir setzen uns für die Einführung digital gestützter Einsatzplanung und intelligenter Koordination zwischen kommunalem Ordnungsdienst, Polizei und städtischen Stellen

ein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sehen: Hier wird hingeschaut. Hier wird gehandelt. Hier ist der Staat verlässlich präsent.

Aktiv gestalten – statt bloßer Kontrolle

Dabei ist uns wichtig: Sicherheit entsteht nicht nur durch Kontrolle, sondern auch durch Gestaltung. Beleuchtungskonzepte, saubere öffentliche Räume, gut gepflegte Parks und eine ansprechende Stadtgestaltung tragen dazu bei, dass sich Menschen sicher fühlen – und problematische Orte gar nicht erst entstehen.

Sicherheit, Sauberkeit, Verlässlichkeit

Ordnungspolitik ist Wirtschaftspolitik. Wer investiert, ausbildet oder Arbeitsplätze schafft, braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns ein für saubere Gewerbegebiete, klare Zuständigkeiten und moderne Sicherheitsinfrastruktur – von smarter Beleuchtung bis zu digitalen Meldewegen für Mängel. Neuss soll international sichtbar als Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden – durch gezielte Standortvermarktung, Messeauftritte und Nutzung der Marke „Rheinisches Revier“.

Sicherheitspolitik in der Gegenwart denken

Ein weiterer Schwerpunkt liegt für uns im Bereich der digitalen Sicherheit. Die Stadt muss ihre IT-Systeme gegen Angriffe wappnen, personenbezogene Daten effektiv schützen und zugleich ihre Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit digitaler Sicherheit sensibilisieren. Cybersicherheit ist Daseinsvorsorge – auch auf kommunaler Ebene.

Wir treten für ein konsequentes Vorgehen gegen Vandalismus, illegale Müllentsorgung und andere Ordnungsverstöße ein. Die Ordnungspartnerschaft mit dem Rhein-Kreis und der Polizei muss weiterentwickelt und konsequent mit digitalen Möglichkeiten ergänzt werden – zum Beispiel durch smarte Überwachung an neuralgischen Punkten, wo dies rechtlich zulässig und sachlich geboten ist.

Fazit

Die FDP Neuss steht für eine Sicherheitspolitik, die Freiheit schützt, nicht einschränkt. Unser Anspruch: Ein sicheres Neuss – durch moderne Strukturen, klare Regeln und entschlossenes Handeln im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

7. Gesundheit und Pflege

Vorsorge stärken, Eigenverantwortung fördern, Selbstständigkeit ermöglichen

Gesundheit ist ein zentrales Gut – persönlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Für uns Freie Demokraten ist klar: Eine zukunftsfähige Stadt braucht eine moderne Gesundheitsversorgung, eine starke Pflegeinfrastruktur und eine klare Priorität auf Prävention. Neuss soll ein Ort sein, an dem Vorsorge gefördert, Selbstständigkeit gestärkt und Pflege menschlich gestaltet wird.

Prävention ist besser als Nachsorge

Unser Ziel ist eine allen Bürgerinnen und Bürgern gerechte, wohnortnahe und dem medizinischen Fortschritt entsprechende Gesundheitsversorgung. Wir setzen auf eine umfassende Primärprävention – also Maßnahmen zur Vorbeugung und Früherkennung gesundheitlicher Risiken – statt nur auf Behandlung im Krankheitsfall.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen. Frühe Prävention, regelmäßige verpflichtende Kontrolluntersuchungen im Kindes- und Schulalter, Bewegungsförderung, gesunde Ernährung und Sprachförderung sind zentrale Bausteine. Wir wollen Anreize für gesundes Verhalten setzen, nicht nur appellieren. Impfaufklärung, Gesundheitsbildung und niedrigschwellige Programme zur Förderung der Selbstsorge sollen flächendeckend und verständlich verfügbar sein.

Eigenverantwortung stärken, Solidargemeinschaft entlasten

Gesundheitspolitik beginnt im Alltag – bei der Bewegung, beim Umgang mit Suchtmitteln wie Alkohol, Nikotin und Drogen und bei der Bereitschaft zur Vorsorge. Wir setzen auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Wer gesund lebt, entlastet die Solidargemeinschaft – und sollte durch geeignete Infrastruktur und Angebote darin unterstützt werden. Eine Kultur der Wertschätzung statt Bevormundung ist unser Leitbild.

Kurze Wege – für alle erreichbar

Wir wollen die medizinische Versorgung dort, wo die Menschen leben. Arztpraxen, Apotheken, Therapeuten und wohnortnahe Gesundheitszentren gehören in alle Stadtteile. Die geplante Umstrukturierung der Kliniken im Rhein-Kreis Neuss zeigt, wie komplex dieser Bereich ist.

Fazit

Wir fordern klare, zukunftssichere Lösungen – entwickelt in Verantwortung und Transparenz, gemeinsam mit allen Trägern. Gleichzeitig unterstützen wir mobile Angebote wie präventive Hausbesuche und Beratung über Hilfsmittel, besonders für ältere Menschen. Stadtteihelfer sollen im Alltag helfen und soziale Isolation verhindern – auch durch Spiel- und Bewegungs-Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren.

8. Sport und Ehrenamt

Starke Gemeinschaft durch Engagement und Bewegung

Sport und Ehrenamt sind tragende Säulen des gesellschaftlichen Lebens in Neuss. Sie verbinden Menschen, schaffen Gemeinschaft und fördern Gesundheit, Zusammenhalt und Teilhabe. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wer sich für andere einsetzt, verdient Unterstützung – nicht Hürden. Und wer sich bewegt, soll dafür Raum und Struktur finden.

Die Sportlandschaft in Neuss ist vielfältig und lebendig. Zahlreiche Vereine leisten mit großem ehrenamtlichem Engagement wertvolle Arbeit für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren. Diese Strukturen gilt es zu bewahren und zukunftssicher zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um neue Sportanlagen oder Hallenzeiten – es geht um Anerkennung, Vereinfachung und Verlässlichkeit.

Wir setzen uns für eine Sportpolitik ein, die nicht nur den Spitzen- oder Leistungssport im Blick hat, sondern vor allem die breite Basis stärkt. Schul- und Vereinssport müssen miteinander verzahnt werden, moderne Bewegungsangebote für alle Generationen sollen im Stadtbild stärker verankert werden – zum Beispiel durch frei zugängliche Outdoor-Angebote und barrierefreie Bewegungsflächen in Parks und Quartieren.

Verbesserung der Ausstattung von Spiel- und Sportplätzen

Auch Spiel- und Bolzplätze sind zentrale Orte der Begegnung, Bewegung und Integration. Wir Freie Demokraten wollen, dass diese Flächen stärker in den Fokus der städtischen Sport- und Jugendpolitik rücken. Die Ausstattung muss kindgerecht und jugendgerecht, sicher und attraktiv sein, damit junge Menschen dort nicht nur spielen, sondern sich austauschen, voneinander lernen und Gemeinschaft erleben können. Dafür braucht es gezielte Investitionen in Qualität, Pflege und Aufenthaltsqualität solcher Orte. Denn ein lebendiger Sozialraum beginnt oft genau dort, auf dem Platz vor der Haustür.

Ehrenamt unterstützen – Engagement fördern

Auch das Ehrenamt insgesamt braucht mehr als bloßes Lob. Es braucht Raum zur Entfaltung, verlässliche Ansprechpartner in der Verwaltung und unkomplizierte Verfahren. Zu oft scheitern gute Ideen oder engagierte Initiativen an Bürokratie oder Intransparenz. Wir fordern daher eine zentrale Anlaufstelle für ehrenamtlich Engagierte – digital wie persönlich –, die Fördermöglichkeiten bündelt, Anträge vereinfacht und mit Rat und Tat zur Seite steht.

Gleichzeitig braucht Engagement Sichtbarkeit. Die Stadt sollte aktiver für bürgerschaftliches Engagement werben, Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen und Initiativen fördern und Formate der öffentlichen Anerkennung ausbauen – etwa durch regelmäßige Ehrenamtsveranstaltungen oder einen Ehrenamtsfonds.

Fazit

Für die FDP Neuss ist klar: Eine lebendige Stadt entsteht dort, wo Menschen sich einbringen können – ob im Sportverein, im Nachbarschaftsprojekt, in der Feuerwehr oder der Kulturinitiative. Unsere Aufgabe als Kommune ist es, dieses Engagement zu ermöglichen, wertzuschätzen und zu stärken.

9. Kultur

Vielfalt ermöglichen, Identität stärken, Räume schaffen

Kultur ist mehr als Unterhaltung – sie ist Brot für alle: geistige Nahrung, Ausdruck unserer Freiheit, Spiegel unserer Geschichte und Motor für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Musik, Gesang, Theater und kreatives Schaffen wirken gesundheitsfördernd, verbindend und identitätsstiftend. Die FDP Neuss steht für eine lebendige, vielfältige Kulturlandschaft, die Menschen zusammenbringt, Horizonte erweitert und die Stadt Neuss als kulturellen Standort profiliert.

Wir verstehen Kulturpolitik nicht als staatliche Vorgabe, sondern als Einladung zur Teilhabe. Eine weltoffene Stadt wie Neuss braucht kulturelle Angebote für alle – unabhängig von Herkunft, Alter oder Bildungsstand. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen Kreativität gedeiht, Engagement sichtbar wird und sowohl etablierte Institutionen als auch freie Initiativen ihren Platz finden.

Kultur braucht Raum, Unterstützung und Sichtbarkeit

Das kulturelle Angebot in Neuss ist breit aufgestellt – und verdient auch breite Unterstützung. Leuchtturm-Veranstaltungen wie das Shakespeare-Festival und die Tanzwoche sind überregional bekannt und sollen auf jeden Fall erhalten bleiben. Das Rheinische Landestheater ist ein Baustein der lokalen Theaterlandschaft – wir setzen uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung durch das Land NRW ein. Gleichzeitig wollen wir das Theater am Schlachthof sichern und freie Initiativen gezielt fördern, die neue Impulse setzen und neue Zielgruppen erreichen.

Ein herausragendes Aushängeschild ist die Deutsche Kammerakademie Neuss. Als internationale Visitenkarte unserer Stadt verdient sie weiterhin konsequente Unterstützung. Auch die Alte Post als Kultur- und Bildungszentrum soll nach der Renovierung wieder verstärkt öffentlich sichtbar gemacht werden – durch gezielte Außenwerbung, genauso wie Stadtbibliothek, Stadtarchiv und das Clemens-Sels-Museum, das wir als Ort lebendiger Stadtgeschichte und vielseitiger Ausstellungskultur erhalten und weiterentwickeln wollen. Kulturinsel Hombroich und die Langen-Foundation sind Kulturleuchttürme von überregionaler Bedeutung, die auch gute Beispiele der Zusammenarbeit zwischen privaten Stiftern und der Öffentlichen Hand sind.

Geschichte zeigen, Engagement fördern

Das kulturelle Erbe der Stadt, insbesondere ihre römische Vergangenheit, der mittelalterliche Handel und die städtebauliche Entwicklung, bieten großes Potenzial für Bildung, Tourismus und Identifikation. Wir setzen uns für eine offensivere Vermarktung dieses historischen Erbes ein – in Zusammenarbeit mit Museen, Archiven und der Stadtentwicklung.

Besonderes Augenmerk legen wir auf das bürgerschaftliche Engagement im Kulturbereich. Viele kulturelle Angebote in Neuss leben vom freiwilligen Einsatz engagierter Bürgerinnen und Bürger – sei es in Vereinen, Initiativen oder privaten Stiftungen. Wir wollen diese Strukturen stärker sichtbar machen und fördern – auch durch Werbung für Mäzenatentum und Kulturstiftungen. Denn: Wer gibt, gestaltet mit – und trägt zur kulturellen Vielfalt der Stadt bei.

Fazit

Die FDP Neuss bekennt sich zu einer offenen, vielfältigen und lebendigen Kulturlandschaft, die Menschen verbindet und Identität stiftet. Kultur soll allen zugänglich sein – unabhängig von Herkunft oder Bildungsstand – und als Ort der Teilhabe und Kreativität verstanden werden. Neben der Stärkung etablierter Institutionen wie dem Rheinischen Landestheater oder der Deutschen Kammerakademie will die FDP auch freie Initiativen gezielt fördern und kulturelles Engagement sichtbar machen. Das historische Erbe der Stadt soll stärker vermarktet, bürgerschaftliches Engagement gefördert und kulturelle Räume erhalten und weiterentwickelt werden. Ziel ist eine Kulturpolitik, die nicht vorgibt, sondern ermöglicht.

10. Zusammenhalt und Freiheit

Neuss ist eine Stadt mit Geschichte, Vielfalt und Zukunft. Was unsere Stadt besonders macht, sind nicht Gebäude oder Verwaltungsvorschriften – es sind die Menschen. Diejenigen, die sich kümmern. Die etwas aufbauen. Die gestalten. Die Verantwortung übernehmen – für sich, für andere, für Neuss.

Für uns Freie Demokraten steht fest: Eine Stadt ist dann stark, wenn sie ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht im Weg steht, sondern ihnen den Rücken stärkt. Wenn sie Möglichkeiten eröffnet, statt Schranken zu errichten. Wenn sie Verantwortung nicht von oben herab verteilt, sondern ihr vertraut, dass Menschen selbst wissen, was richtig ist – für ihr Leben, ihr Quartier, ihre Stadt.

Zusammenhalt entsteht nicht durch Vorschriften, sondern durch Vertrauen. Durch Freiheit und Fairness. Durch eine Verwaltung, die Partnerin ist – nicht Kontrollinstanz. Durch Regeln, die klar und notwendig sind, aber nicht kleinteilig und lähmend. Wir wollen ein Neuss, das verlässlich ist – aber beweglich bleibt. Das seinen Rahmen wahrt – und zugleich Neues möglich macht.

In einer Stadt, in der Menschen sich begegnen, helfen und anpacken, ist Vielfalt kein Problem, sondern Potenzial. Wir stehen für eine offene Stadtgesellschaft, in der Herkunft, Alter, Beruf oder Lebensmodell keine Schranken setzen. Die Chance, sich einzubringen, soll allen offenstehen – ob im Verein, im Unternehmen, in der Nachbarschaft oder im Stadtrat.

Dieses Wahlprogramm ist deshalb kein Katalog von Versprechen – sondern eine Einladung. An alle, die Ideen haben. An alle, die anpacken wollen. An alle, die diese Stadt mitgestalten möchten.

Denn unser Leitspruch ist kein bloßes Motto. Er ist unser Anspruch:

Neuss für alle, die etwas bewegen wollen.

Verantwortlichkeit

Freie Demokratische Partei (FDP)

FDP Stadtverband Neuss

Vertreten durch: Cornel Janßen

Büchel 3

41460 Neuss

info@fdp-neuss.de

02131 2016436